

Bayerisches Gesetz- u. Verordnungsblatt

Amtliches Nachrichtenblatt der Bayerischen Landesregierung

Nr. 3

München, den 1. Februar

1946

Gesetz Nr. 8

über die Benützung der Autobahnen

Art. 1

Die Benützung der Autobahnen in Bayern durch Tiergespanne ist verboten.

Art. 2

Zu widerhandlungen werden mit Haft oder Geldstrafe, in schweren Fällen mit Gefängnis bestraft.

München, den 10. Dezember 1945.

Der Bayerische Ministerpräsident
gez.: Dr. Wilhelm Hoegner.

Gesetz Nr. 9

betreffend sozialrechtliche Wiedergutmachung von Schäden, die durch das nationalsozialistische System verschuldet worden sind

1. Fälle von körperlichen Behinderungen, die durch Behandlung unter dem nationalsozialistischen System aus Gründen der Rasse, des Glaubens, der Nationalität, der politischen Anschauung oder Zugehörigkeit, für Tätigkeit gegen den nationalsozialistischen Staat oder als Kriegsgefangener oder als deportierter Ausländer unter deutscher Bewachung erlitten wurden, sind gleichermaßen zu behandeln wie körperliche Behinderungen deutscher Zivilisten, die nicht aus militärischen Ursachen entstanden sind, und sind als solche ohne Rücksicht auf die finanzielle Lage des Betroffenen zu entschädigen. Derartige Körperschäden sind wie Betriebsunfälle zu behandeln und nach den Bestimmungen des Dritten Buches der Reichsversicherungsordnung zu entschädigen. Zuständig für die Entschädigungen ist die Staatliche Ausführungsbehörde für Unfallversicherung in München 2, Prannerstraße 8.

2. Beschränkungen der sozialversicherungsrechtlichen Bestimmungen gegenüber deportierten Ausländern der Vereinten Nationen, die aus Gründen der Rasse, des Glaubens, der Nationalität, der politischen Anschauung oder Zugehörigkeit oder durch Tätigkeit gegen den nationalsozialistischen Staat von Sozialversicherungs-Vergütungen ausgeschlossen wurden, werden aufgehoben.

Die genannten Ausländer genießen die gleichen Rechte wie deutsche Versicherte.

München, den 15. Oktober 1945.

Der Bayerische Ministerpräsident
gez.: Dr. Wilhelm Hoegner.

Law No 8

on the Use of the Autobahnen

Art. 1

The use of the Autobahnen by animal-drawn vehicles is prohibited.

Art. 2

Transgressions will be punished by detention or fine, in serious cases by imprisonment.

Munich, Dezember 10, 1945.

The Bavarian Minister-President
signed: Dr. Wilhelm Hoegner.

Order No 9

concerning the making-up for disabilities, caused by the national-socialistic system, by social rights

1. Physical disabilities acquired by the treatment under the national-socialistic system because of race, creed, nationality or political opinion or affiliation, because of activity hostile to the Nazi state or while a prisoner of war or a deported foreign worker in German custody, must be treated on an equal basis with disabilities of German civilians arising from non-military causes and compensated as such without regard of the financial status of the victim. Those physical disabilities are to be treated as professional accidents and compensated according to the regulations of the Third Book of the Reichs-insurance-order (Reichsversicherungsordnung). The competent authority for these compensations is the „Staatliche Ausführungsbehörde für Unfallversicherung in München 2, Prannerstraße 8“.

2. Restrictions to the regulations of social-insurance-rights for deported foreign workers of the United Nations, being excluded from compensations of the social insurance because of race, creed, nationality, political opinion or affiliation or because of activity hostile to the national-socialistic state, are abolished.

The above mentioned foreign workers have all rights equal to those of German insured persons.

Munich, October 15 th, 1945.

The Bavarian Minister-President
signed: Dr. Wilhelm Hoegner.

Gesetz Nr. 10**betreffend Aufhebung des § 625a RVO.**

Der § 625a RVO wird als gegenstandslos aufgehoben.

Personen, die nach § 625a RVO unfallversichert waren, sind ihrer Versicherungsansprüche verlustig gegangen und können nur nach den allgemeinen Bestimmungen über die Fürsorgeleistungen unterstützt werden.

München, 20. Oktober 1945.

Der Bayerische Ministerpräsident
gez.: Dr. Wilhelm Hoegner,

Law No 10**concerning the abolition of § 625a Reichs-insurance-order (Reichsversicherungsordnung) § 625a RVO is as useless abolished.**

Persons who are accident-insured according to § 625a RVO, have lost their insurance-claims and can only be relieved according to the general welfare-benefits-regulations.

Munich, October 20th, 1945.

The Bavarian Minister-President
signed: Dr. Wilhelm Hoegner,

Verordnung Nr. 17**über die Änderung des Kirchensteuergesetzes**

Mit Wirkung vom 1. Januar 1946 wird das Gesetz über die Erhebung von Kirchensteuern vom 1. Dezember 1941/30. September 1943 (GVBl. S. 169/141) durch die Wiedergewährung des Besteuerungsrechtes an die israelitischen Kultusgemeinden und durch die Wiedereinführung der Kirchenlohnsteuer wie folgt geändert:

**Erster Abschnitt.
§ 1**

Das Besteuerungsrecht (Art. 1 des Gesetzes vom 1. Dezember 1941) steht auch dem israelitischen Bekenntnis zu. Gläubiger (Art. 2) sind die israelitischen Kultusgemeinden als Steuerverbände.

**Zweiter Abschnitt.
§ 2**

Die Kirchenumlagen sind nach dem Maßstab der veranlagten Einkommensteuer und der Lohnsteuer zu erheben.

§ 3

I. Die Umlagen nach dem Maßstab der veranlagten Einkommensteuer sind von den Steuergläubigen zu erheben. Der Mindestbetrag der Umlage zur veranlagten Einkommensteuer beträgt drei Reichsmark.

II. Die Umlagen zur Lohnsteuer sind im Wege des Abzuges vom Arbeitslohn (Kirchenlohnsteuer) zu erheben.

§ 4

Die Umlagen werden für das Kalenderjahr aus der für diesen Zeitraum geschuldeten Einkommensteuer (Lohnsteuer) erhoben.

§ 5

I. Umlagenpflichtig sind die Religionsangehörigen, die in Bayern Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt haben und bei einem in Bayern gelegenen Finanzamt zur Einkommensteuer veranlagt sind oder zu veranlagten wären, wenn die Steuer nicht durch Steuerabzug vom Arbeitslohn zu entrichten wäre.

II. Die Umlagenpflicht besteht für den gleichen Zeitraum, für den die Einkommensteuer veranlagt ist oder zu veranlagten wäre. Treten die nicht mit der Einkommensteuerpflicht zusammenhängenden

Ordinance No 17**on the alteration of the Church-Tax-Law**

Becoming effective on January 1, 1946, the Law on the collecting of church-taxes of December 1941 (GVBl page 169) and September 30, 1943 (GVBl page 141) will be altered by the rebestoval of the taxation-right to the Israelite religious communities and by the re-introduction of the church-wage-tax, as follows:

**First Section
Art. 1**

The taxation-right (art. 1 of the Law of December 1, 1941) will also be bestowed to the Israelitic creed. Creditors (art. 2) will be the Israelitic religious communities as tax-associations.

**Second Section
Art. 2**

I. The church-tax based upon the assessed income-the assessed income-tax and the wage-tax.

Art. 3

I. The church-tax based upon the assessed income-tax will be collected by the tax-creditors. The minimum-amount of the church-tax upon assessed income-tax will be three Reichsmark.

II. The church-tax upon the wage-tax will be collected by way of deduction from wages (Church-wage-tax).

Art. 4

The church-tax will be levied for the calendar-year from the income-tax (wage-tax) owed for this period.

Art. 5

I. Subject to the tax will be the members of the religious bodies, who have their place of residence or their usual stay in Bavaria, and who are or would have to be assessed for income-tax by a tax-office situated in Bavaria, if the tax would not be payable by deduction from wages.

II. Tax-liability will be effective for the same period, for which the income-tax has been assessed or would have to be assessed. In case the suppositions of the church-tax not connected with the

Voraussetzungen der Umlagenpflicht erst nach dem Beginn der Einkommensteuerpflicht ein oder fallen sie früher als diese weg, so beginnt und endet die Umlagenpflicht mit dem Anfang des nächsten Kalendermonats; die Umlage beträgt nur den entsprechenden Bruchteil der auf den nächsten durch zwölf teilbaren Reichspfennigbetrag abgerundeten Jahresumlagenschuld.

§ 6

I. Zur Erhebung der Kirchenlohnsteuer hat der Arbeitgeber die Umlage für den Arbeitnehmer bei jeder mit Lohnsteuerabzug verbundenen Lohnzahlung einzubehalten und mit der Lohnsteuer an das Finanzamt abzuführen, an das die Lohnsteuer zu entrichten ist.

II. Arbeitgeber, in deren Betrieb die Lohnsteuerberechnung und die Führung des Lohnkontos von einer außerhalb Bayerns gelegenen Betriebsstätte oder Dienststelle vorgenommen wird, sind nicht verpflichtet, die Umlagen einzubehalten. Den Steuerverbänden bleibt es überlassen, die bei solchen Arbeitgebern beschäftigten Pflichtigen zur Umlage heranzuziehen.

III. Auf die Haftung des Arbeitgebers und Arbeitnehmers für die Kirchenlohnsteuer findet § 38 Abs. 3 des Einkommensteuergesetzes entsprechende Anwendung.

§ 7

Umlagepflichtige, die unbeschadet des Steuerabzugs vom Arbeitslohn zur Einkommensteuer veranlagt werden, sind nach Maßgabe der veranlagten Einkommensteuer zur Umlage aus der Einkommensteuer heranzuziehen; die einbehaltene Kirchenlohnsteuer wird auf die Umlage angerechnet.

§ 8

I. Bei Umlagenpflichtigen, die dem Steuerabzug vom Arbeitslohn unterliegen, wird, wenn der Umlagenpflichtige und sein Ehegatte verschiedenen umlagenberechtigten Religionsgesellschaften angehören, die Umlage für jede dieser Religionsgesellschaften, und wenn einer der Ehegatten einer umlagenberechtigten Religionsgesellschaft nicht angehört, die Umlage für die Religionsgesellschaft, der der andere Ehegatte angehört, nur aus der Hälfte der einbehaltenen Lohnsteuer berechnet.

II. Wird ein Lohnsteuerpflichtiger veranlagt, so gilt Art. 5 Abs. I des Gesetzes vom 1. Dezember 1941 nur für den nicht durch Steuerabzug getilgten Teil der veranlagten Einkommensteuer.

§ 9

Die Steuerverbände erheben Vorauszahlungen auf die Umlage zur veranlagten Einkommensteuer nach Maßgabe der Einkommensteuer-Vorauszahlungen und ihren Fälligkeitstagen. Die Vorauszahlungen sind auf die Umlagenschuld anzurechnen.

§ 10

Die § 97 Abs. 1 und 2, §§ 103, 104, 106, 107, 108 bis 110, 118 bis 120 und 152 der Reichsabgabenordnung und die § 3 Abs. 1 bis 3, § 7 Abs. 1 und 3, § 8 Abs. 1 und 2, §§ 9, 13, 14 Abs. 1 des Steueranpassungsgesetzes finden entsprechende Anwendung.

§ 11

Art. 8 Abs. II des Gesetzes vom 1. Dezember 1941 gilt auch für Streitigkeiten über die Pflicht des Arbeitgebers zur Einbehaltung und Abführung der Kirchenlohnsteuer und seine Haftung.

Dritter Abschnitt.

§ 12

Diese Verordnung ist erstmals anzuwenden auf die Umlage zu der veranlagten Einkommensteuer für das Kalenderjahr 1946 und zu der Lohnsteuer auf den Arbeitslohn, der für einen Lohnzahlungszeitraum gewährt wird, der nach dem 31. Dezember 1945 endigt.

income-tax-liability will only be given after the beginning of the income-tax-liability, or will cease prior to the ending of such liability, the church-tax-liability will begin and end with the beginning of the next calendar month; the church-tax will then merely amount to the proportionate fraction of the tax-liability for the whole year, rounded off to the next Reichspfennig-amount divisible by twelve.

Art. 6

I. For the levying of the church-wage-tax it will be the duty of the employer to withhold the church-tax of the employed person at each wage-payment subject to the deduction of wage-tax, and to remit it together with the wage-tax to the tax-office, to which the wage-tax has to be paid.

II. Employers, in whose business establishments the wage-tax calculation and the keeping of the wage-account are made by an office or agency outside Bavaria, will not be liable for the withholding of the church-tax. It will be up to the tax-associations, to tax on their part, the persons employed at such employers.

As to the liability of employer and employed for the church-wage-tax, art. 38 sect. 3 of the income-tax-law will be applied accordingly.

Art. 7

Taxable persons who are assessed for income-tax in spite of tax-deduction from wages, will be subject to the church-tax upon the income-tax, based upon their assessed income-tax; the church-wage-tax withheld will be set off against the church-tax.

Art. 8

I. For taxable persons, subject to the tax-deduction from wages, if such person and his wife (or husband) belong to different religious bodies bestowed with the taxation-right, the church-tax for each of these religious bodies, and if one of the partners does not belong to a religious body bestowed with the taxation-right, the church-tax for the religious body to which the other partner belongs, will be calculated upon one half of the wage-tax withheld.

II. If a person subject to wage-tax will be assessed, art. 5 sect. I of the law of December 1, 1941 will only apply to such part of the assessed income-tax which is not covered by tax-deductions.

Art. 9

The tax-associations will collect pre-payments on the church-tax upon assessed income-tax corresponding to the pre-payments on income-tax and their due-dates. The pre-payments will have to be set off against the church-tax owed.

Art. 10

Art. 97 sec. 1 and 2, art. 103, 104, 106, 107, 108 to 110, 118 to 120 and 152 of the Reichsabgabenordnung (Regulation of Reich Levies) and art. 3 sect. 1 to 3 art. 7 sect 1 to 3 art. 8 sect 1 and 2, art. 9, 13, 14 sect 1 of the Steueranpassungsgesetz (Tax Adaptation Law) will apply accordingly.

Art. 11

Art. 8 sect. II of the Law of December 1, 1941 will also apply to disputes on the duty of the employer to withhold and remit the church-wage-tax, and his liability in this respect.

Third Section

Art. 12

This ordinance will be applied for the first time to the church-tax upon the assessed income-tax for the calendar-year 1946 and to the wage-tax upon the wages paid for a wage-period ending after December 31, 1945.

§ 13

I. Nach dem Gesetz vom 1. Dezember 1941 dürfen Umlagen für das Rechnungsjahr 1945 nur in der Höhe von drei Vierteln des Jahresbetrags erhoben werden.

II. Der Mindestbetrag der Umlage für das Rechnungsjahr 1945 bleibt drei Reichsmark.

§ 14

Der Umlagensatz für das Kalenderjahr 1946 beträgt fünf vom Hundert der Einkommensteuer (Lohnsteuer) nebst Zuschlägen.

§ 15

Die Staatsministerien für Unterricht und Kultus und der Finanzen erlassen die Durchführungsbestimmungen zu dieser Rechtsverordnung.

München, 21. Dezember 1945.

Der Bayerische Ministerpräsident
gez.: Dr. Wilhelm Hoegner.

Bekanntmachung

zum Vollzug der Verordnung über die Änderung des Kirchensteuergesetzes

Auf Grund des § 15 der Verordnung über die Änderung des Kirchensteuergesetzes vom 21. Dezember 1945 (GVBl. S. 22) wird bestimmt:

1.

Gemäß Art. 1 des Kirchensteuergesetzes vom 1. Dezember 1941 (GVBl. S. 169) sind zur Erhebung von Kirchensteuern berechtigt die Diözesen der katholischen Kirche, die evangelisch-lutherische Landeskirche, die reformierte Kirche und die altkatholische Kirche. Ab 1. Januar 1946 tritt dazu entsprechend der Anordnung in § 1 der VO. das israelitische Bekenntnis, nachdem das Reichsgesetz über die Rechtsverhältnisse der jüdischen Kultusvereinigungen vom 28. März 1938 (RGBl. I S. 338) hinfällig geworden ist. Den israelitischen Kultusgemeinden bleibt ihre Rechtsstellung als Körperschaften des öffentlichen Rechtes gewahrt.

2.

I. Die einzige Maßstabsteuer für die Kirchenumlagen ist die Einkommensteuer (Lohnsteuer). Die Kirchenumlagen werden ab 1. Januar 1946 für das Kalenderjahr aus der für diesen Zeitraum geschuldeten Steuer erhoben. Berechnungszeitraum und Erhebungszeitraum fallen nunmehr zusammen. Art. 4 Abs. I und II des Kirchensteuergesetzes vom 1. Dezember 1941 sind dadurch ersetzt.

II. Eine nachträgliche Änderung oder der Erlaß der Maßstabsteuer bewirkt die entsprechende Änderung oder den Wegfall der Umlage.

3.

Die Umlagenpflicht setzt voraus (§ 5), daß der Pflichtige

1. innerhalb des Kalenderjahres, für das die Umlage erhoben wird, der Religionsgesellschaft angehört, zu dessen Gunsten die Umlage erhoben wird,
2. innerhalb dieses Jahres Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt im Sinne der §§ 13 und 14 Abs. 1 des Steueranpassungsgesetzes in Bayern hat (vgl. § 10 der VO.),
3. für das Kalenderjahr bei einem in Bayern gelegenen Finanzamt zur Einkommensteuer veranlagt ist oder zu veranlagen wäre, wenn nicht die Steuer durch Abzug von Arbeitslohn zu entrichten wäre.

4.

Bei der Erhebung der Kirchenlohnsteuer (§§ 6—8 der VO.) ist nach den Bestimmungen über den Steuerabzug vom Arbeitslohn (§§ 30, 31, 41—49 der LStDB.

Art. 13

I. According to the law of December 1, 1941, church-tax for the fiscal year 1945 may only be levied up to three-quarters of the amount for the whole year.

II. The minimum amount of the church-tax for the fiscal year 1945 will remain three Reichsmark.

Art. 14

The rate of the church-tax for the calendar-year 1946 will be 5% of the income-tax (wage-tax) including additional levies.

Art. 15

The State Ministries of Education and Religion and of Finance will issue the executive instructions to this ordinance.

Munich, December 21, 1945.

The Bavarian Minister-President
signed: Dr. Wilhelm Hoegner.

Notice

of Execution of Decree on Alteration of Law of Church Taxes

The following resolutions are issued on the basis of § 15 of Decree on Alteration of Law of Church Taxes, dated 21. December 1945 (GVBl. 1946 p. 00):

1.

According to Article 1 of Church Tax Law of 1 December 1941 (GVBl. p. 169) the following have the right to levy church taxes:

the dioceses of the Roman Catholic Church, the Protestant Lutheran Church, the Reformed Church and the Old Catholic Church. This list is completed after 1 January 1946 by the Jewish confession, in accordance with § 1 of the VO., since the Reich Law on the legal status of Jewish communities has been revoked (Law dated March 28, 1938, see RGBl. I p. 338). Jewish communities retain their legal status as bodies of public law.

2.

I. Income-tax (or tax on wages) is the only scale for assessing church rates. From 1 January 1946 church taxes will be assessed for the calendar year on the taxes due for this interval. The interval for which the tax is calculated therefore coincides with that for which it is levied. This resolution takes the place of Article 4, Sections I and II of Church Tax Law dated 1 December 1941.

II. Any subsequent alteration or remission of income tax entails corresponding alteration or remission of church tax.

3.

Liability to pay church rates is subject (§ 5) to the following conditions:

1. That the payee belongs to the religious community within the calendar year for which rate is levied,
2. that, within this year, he has lived permanently or mostly, in Bavaria, in the sense of § 13 and § 14, section 1 of law of Adaptation of Taxes (Steueranpassungsgesetz) (cf. § 10 of VO.),
3. that he has to pay his income tax to a fiscal office in Bavaria, or would have to pay it there, if it were not deducted from his salary.

4.

I. Church rates (§ 6—§ 8 of VO.) are to be levied according to directives on deduction of taxes from salary (§ 30, § 31, § 41—49 of LStDB. of 10 March

vom 10. März 1939 / 14. Mai 1942, RGBl. I S. 449/297) zu verfahren. Der Arbeitgeber hat hiernach die Umlagen zusammen mit der Lohnsteuer einzubehalten und sie wie diese in einer Summe und ohne Bezeichnung der einzelnen Arbeitnehmer an die Kasse abzuführen, an die die Lohnsteuer zu entrichten ist. Bei jeder Abführung ist der Betrag der Kirchenumlagen je für die einzelnen in Betracht kommenden Bekenntnisse gesondert anzugeben. In der Lohnsteueranmeldung sind die einbehaltenen Kirchenumlagenbeträge gesondert und nach Bekenntnissen ausgeschieden zu bescheinigen. Auch die Behörden des Landes, die Gemeinden (Gemeindeverbände) und die sonstigen Körperschaften des öffentlichen Rechts haben in dieser Weise zu verfahren.

II. Der Kirchenlohnsteuerbetrag des Pflichtigen ist auf den nächsten vollen Reichspfennig nach unten abzurunden.

5.

I. Die an die Finanzämter abgeführten Kirchenlohnsteuern sind monatlich abzuliefern für

1. die katholische Kirche an die erzbischöfliche Finanzkammer München — Postscheckamt München Nr. 666,
2. die evangelisch-lutherische Kirche einschließlich der reformierten Kirche an die landeskirchliche Stiftungsverwaltung München — Postscheckamt München Nr. 17 442,
3. die altkatholische Kirche an den Landessynodalrat der altkatholischen Kirche in Bayern — Postscheckamt München Nr. 45 421,
4. das israelitische Bekenntnis an die israelitische Kultusgemeinde München — Bankhaus Seiler & Co., München, Konto-Nr. 21 683.

II. Die Verteilung der Umlagertragnisse an die einzelnen Diözesen ist der erzbischöflichen Finanzkammer München und jene des israelitischen Bekenntnisses an die einzelnen Kultusgemeinden der israelitischen Kultusgemeinde München überlassen.

6.

Die Kirchenlohnsteuer bei glaubensverschiedenen Ehen ist in § 8 Abs. I der VO. aus dem Gesichtspunkte der Ehegemeinschaft im Anschluß an das bisherige Recht (vgl. Art. 5 Abs. II des Kirchensteuergesetzes vom 1. Dezember 1941) besonders geregelt, für die zur Einkommensteuer veranlagten Pflichtigen gilt Art. 5 Abs. I dieses Gesetzes nach Maßgabe des § 8 Abs. II der VO.

7.

Der Satz der Kirchenumlagen wird für jedes Kalenderjahr neu festgesetzt (vgl. Art. 6 dieses Gesetzes). Für das Kalenderjahr 1946 ist er in § 14 der VO. festgelegt.

München, 7. Januar 1946.

Der Staatsminister für Unterricht und Kultus
gez.: Dr. F e n d t.

Der Staatsminister der Finanzen
gez.: T e r h a l l e.

Anordnung Nr. 6

Über die Errichtung von Industrie- und Handelskammern

1.

Im Vollzuge der Weisung des Hauptquartiers der Regionalen Militärregierung in Bayern über Bayerische Wirtschaftskontrollstellen vom 1./14. August 1945 werden mit sofortiger Wirkung Industrie- und Handelskammern zugelassen in

1. München für den Regierungsbezirk Oberbayern,
2. Augsburg für den Regierungsbezirk Schwaben,

1939 / 14 May 1942 [RGBl. I S. 449/297]). According to this the employer has to retain church rates together with tax and wages and to pay them into the same fiscal office to which the income tax is paid, in one sum, without special mention of individual employees. On every payment the total of the church rates for each confession has to be recorded separately. In notifying income tax, the church rates which were to be deducted, have to be listed separately and for each confession. The state authorities, communities (communal bodies) and other bodies of public law must proceed in the same way.

II. The sum of the churchrate of the liable person has to be rounded off to the next full Reichspfennig.

5.

I. Church rates which have been paid into fiscal offices have to be transmitted monthly

1. for the Roman Catholic Church to the Archepiscopal Treasury (erzbischöfliche Finanzkammer) Munich — Postscheckamt München Nr. 666,
2. for the Protestant Lutheran Church, including the Reformed Church, to the landeskirchliche Stiftungsverwaltung (Local Administrative Office) Munich — Postscheckamt München Nr. 17 442,
3. for the Old Catholic Church to the Landessynodalrat der altkatholischen Kirche in Bayern (Council of Synod of Bavaria) — Postscheckamt München Nr. 45 421,
4. for the Jewish confession to the israelitische Kultusgemeinde München (Jewish Community Munich) — Bankhaus Seiler & Co., München, Konto Nr. 21 683.

II. The money from the taxes may be distributed to the single dioceses by the erzbischöfliche Finanzkammer and to the single Jewish communities by the Jewish community in Munich.

6.

The allocation of church rates in mixed marriages is regulated by § 8, section I of VO. (decree) on the basis of marriage as a partnership and on the basis of laws valid hitherto (cf. art. 5, section II of Law of Church Taxation, of December 1, 1941). Art. 5 section I of this law, with special reference to § 8, section II of VO. (decree) applies to all liable to income-tax.

7.

The proportion of church rates will be fixed afresh for every calendar year (cf. Art. 6 of this law). For the calendar year 1946 it is fixed in § 14 of the VO. (decree).

Munich, Jan. 7, 1946.

The Bavarian Ministry of Education and Religion
signed: Dr. F e n d t.

The Bavarian Ministry of Finance
signed: T e r h a l l e.

Order No 6

concerning the establishment of Chambers of Industry and Commerce

1.

Pursuant to the orders of the Regional Military Government Headquarters, Bavaria, subject: Bavarian Economic Control Agencies, dated 14th Aug 45, Chambers of Industry and Commerce will be established with immediate effect as follows:

Munich for the Regierungsbezirk Oberbayern,
Augsburg „ „ Schwaben,

3. Regensburg für den Regierungsbezirk Niederbayern-Oberpfalz,
4. Nürnberg für den früheren Regierungsbezirk Mittelfranken,
5. Bayreuth für den früheren Regierungsbezirk Oberfranken,
6. Würzburg für den Regierungsbezirk Mainfranken.

2.

In den einzelnen Stadt- und Landkreisen werden in Unterordnung unter die Industrie- und Handelskammern der Regierungsbezirke Industrie- und Handelskammern zugelassen. Für mehrere benachbarte Stadt- und Landkreise kann ein gemeinsames Gremium eingerichtet werden.

3.

Rechtsgrundlage der Kammern und Gremien ist die auf dem Grundsatz der Freiwilligkeit beruhende Bayerische Industrie- und Handelskammerverordnung vom 5. Februar 1927, die freiwillige Mitgliedschaft und ausschließlich beratende Funktionen vorsieht.

4.

Die Kammern und Gremien haben die Aufgabe, die ihnen angehörigen Gewerbebranchen zu beraten und die staatlichen und gemeindlichen Behörden, insbesondere die Wirtschaftsbehörden durch Mitteilungen, Gutachten und Anregungen zu unterstützen. Sie sind ferner befugt, sich Sachverständiger zu bedienen.

5.

Die Kammern und Gremien unterstehen der obersten Aufsicht des Staatsministeriums für Wirtschaft. Dieses erläßt auch die weiter notwendigen Durchführungsbestimmungen.

München, den 25. Oktober 1945.

Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft
gez.: Dr. Erhard.

Verordnung Nr. 18

über den Vollzug des Gesetzes über das
Branntweinmonopol in Bayern

§ 1

1. Die Aufgaben und Befugnisse der Branntweinmonopolverwaltung werden für das Gebiet des rechtsrheinischen Bayern unter Aufsicht des Bayer. Ministeriums der Finanzen von dem Oberfinanzpräsidenten München wahrgenommen. Dieser führt in den Angelegenheiten des Branntweinmonopols die Amtsbezeichnung „Der Oberfinanzpräsident München (Branntweinmonopolverwaltung)“.
2. Für die Verwaltung des Branntweinmonopols in Bayern bleiben im übrigen vorbehaltlich späterer anderer Anordnungen die Bestimmungen des bestehenden Branntweinmonopolgesetzes nebst Ausführungsbestimmungen in Geltung mit der Maßgabe, daß die Befugnisse des Reichsministers der Finanzen vom Bayer. Ministerium der Finanzen und die Befugnisse des Präsidenten der Reichsmonopolverwaltung vom Oberfinanzpräsidenten München ausgeübt werden.

§ 2

1. Bei dem Oberfinanzpräsidenten München wird für die kaufmännische Geschäftsführung der Monopolverwaltung im rechtsrheinischen Bayern eine Verwertungsstelle errichtet. Sie führt die Amtsbezeichnung „Verwertungsstelle für Branntwein beim Oberfinanzpräsidenten München“.
2. Ihr unterstehen als Außenstellen die Verwertungsstellen für Branntwein, Abteilungen München, Nürnberg und Regensburg.

Regensburg	„ „ „	Niederbayern-Oberpfalz,
Nürnberg	„ „ former „	Mittelfranken,
Bayreuth	„ „ former „	Oberfranken,
Würzburg	„ „ „	Unterfranken.

2.

At the singular towns and Landkreises in subordination to the Chambers of Industry and Commerce of the Regierungsbezirk, gremia of Industry and Commerce will be admitted. A joint gremium may be established for several neighbouring towns and Landkreises.

3.

The basis of jurisdiction for chambers and gremia will be the ordinance for chambers of industry and commerce, dated 5 Feb 27, based on a voluntary principle of membership and executing purely advisory functions.

4.

The duty of the chambers and gremia will be to advise the corresponding branches of commerce and to support by reports, expert opinions and suggestions, the governmental and local authorities, especially the economic authorities. Furthermore they will be authorized to employ technical and economic advisors.

5.

The chambers and gremia will be supervised by the Bavarian Ministry of Economics. This office will also issue all further directives required.

Munich, 25 October 1945.

Bavarian State Ministry of Economics
sign.: Dr. Erhard.

Ordinance No 18

on the effectuation of the law on the
monopoly of spirits in Bavaria

§ 1

1. The duties and rights of the administration of the monopoly of spirits for the territory of Bavaria east of the Rhine will be taken over by the Oberfinanzpräsident München under the supervision of the Ministry of Finance for Bavaria. The Oberfinanzpräsident, as far as the affairs of the monopoly are concerned, has the official title „Der Oberfinanzpräsident München (Branntweinmonopolverwaltung)“.
2. For the administration of the monopoly of spirits in Bavaria the present law on the monopoly of spirits as well as the supplementary instructions to it remain in force, subject to later amendments, whereby the rights of the Reichsminister of Finance are to be exercised by the Bavarian Ministry of Finance and the rights of the President of the Reichsadministration of the monopoly by the Oberfinanzpräsident München.

§ 2

1. For the business management of the administration of the monopoly in Bavaria east of the Rhine a marketing office (Verwertungsstelle) will be set up. It will have the official title „Marketing Office for spirits at the Oberfinanzpräsident München“ (Verwertungsstelle für Branntwein beim Oberfinanzpräsidenten München).
2. This marketing office will be in charge of the outposts (sub-divisions of the marketing office) which are situated in Munich, Nürnberg and Regensburg.

§ 3

Die Einnahmen aus dem Branntweinmonopol im rechtsrheinischen Bayern sowie die Verwaltungs- und Betriebsausgaben sind für die Dauer der Geltung dieser Verordnung Einnahmen und Ausgaben des Landes Bayern als Treuhänder des Reichs und werden im bayerischen Landeshaushalt unter einer besonderen Abteilung nachgewiesen.

§ 4

Die zur Verwaltung des Branntweinmonopols im rechtsrheinischen Bayern benötigten Angestellten und Arbeiter der Reichsmonopolverwaltung werden in den Dienst des Landes Bayern als Treuhänder des Reichs übernommen. Ihre Bezüge werden aus den Erträgen des Monopols bestritten.

§ 5

Die zur Ausführung dieser Verordnung erforderlichen Rechts- und allgemeinen Verwaltungsvorschriften erläßt mit Zustimmung der Militärregierung das Bayer. Ministerium der Finanzen im Benehmen mit den übrigen beteiligten Ministerien.

München, 3. August 1945.

Der Staatsminister der Finanzen
gez.: Schäffer.

Verordnung Nr. 19

über das Reise- und Umzugskostenrecht

I.

Die reichsrechtlichen Reise- und Umzugskostenbestimmungen (vgl. Ziff. I der Bek. über Vereinfachung auf dem Gebiet des Reise- und Umzugskostenrechts vom 8. 4. 1943 GVBl. S. 55) gelten weiter.

Soweit in den Vorschriften die Zustimmung oder das Einvernehmen des Reichsfinanzministers vorgeesehen ist, tritt — auch für bisherige Reichsverwaltungen — an seine Stelle das Bayer. Ministerium der Finanzen.

II.

Festsetzung der Tage- und Übernachtungsgelder.

In Abänderung des § 9 Abs. 2 des Reisekostengesetzes werden die Tage- und Übernachtungsgelder wie folgt festgesetzt:

Stufe	Tagegeld	Übernacht.-Geld
Ia	8.—	5.—
Ib	8.—	5.—
II	7.—	4.—
III	6.—	3.50
IV	5.—	3.—
V	4.—	3.—

III.

1. Beschäftigungsvergütungen und Trennungsschädigungen und Abwesenheitszuschüsse sind bis zu nachstehenden Höchstsätzen zu gewähren:

a) Sätze für die ersten sieben Tage:

Reisekostenstufe	Beschäftigungsreisegeld	Trennungsschädigung	Beschäftigungsreisegeld	Verheiratete u. diesen Gleichgestellte	Ortskl.		Ortskl.	
					S u. A	B-C-D	S u. A	B-C-D
I, a, b	11.—	9.90	9.90	9.—	11.—	9.90	9.—	
III	9.—	8.10	8.10	7.20	9.—	8.10	7.20	
IV	7.50	6.80	6.80	6.—	7.50	6.80	6.—	
V	6.—	5.40	5.40	4.80	6.—	5.40	4.80	
	5.—	4.50	4.50	4.—	5.—	4.50	4.—	

§ 3

The revenues from the monopoly of spirits in Bavaria east of the Rhine and the administrative and operative expenses are to be considered as revenues and expenses of the State of Bavaria and shall be recorded under a special heading in the Bavarian budget.

§ 4

The employees and workers required for the administration of the monopoly of spirits in Bavaria east of the Rhine will be transferred from the service of the Reichsadministration of the monopoly to the service of the State of Bavaria. Their wages and salaries will be paid out of the revenues of the monopoly.

§ 5

The legal and general administrative directions required for carrying out this ordinance will be given by the Ministry of Finance for Bavaria after consultation with the other Ministries interested.

Munich, August 3, 1945.

The Bavarian Ministry of Finance
signed: Schäffer.

Ordinance No 19

on the Regulations for Expenses Incurred by Travelling or by Change of Residence

I.

The provisions of the Reichs-Law for expenses incurred by travelling and change of residence (compare cipher I. of the announcement on the simplification in the field of "Reise- und Umzugskostenrecht" of April, 8th 1943 GVBl. page 55) remain in force.

As far as the assent or consultation of the Reich Minister of Finance is stipulated in the regulations, the Bavarian Minister of Finance takes his place, also for the former administrations of the Reich.

II.

Fixing of the daily allowances and allowances for hotel expenses.

In alteration of § 9 part 2 of the law on travelling expenses, the allowances for day and night are fixed as follows:

Class	Day allowances	Night allowances
Ia	8 Marks	5.— Marks
Ib	8 Marks	5.— Marks
II	7 Marks	4.— Marks
III	6 Marks	3.50 Marks
IV	5 Marks	3.— Marks
V	4 Marks	3.— Marks

III.

1. Allowances for outside-employment, separation-allowance, and absence allowance are to be granted up to the following maximum rates:

a) Rates for the first seven days.

Class	Outside-employment travelling-allowance		Outside-employment separation-allowance	
	Married persons and those with equal rights	Single persons	Married persons and those with equal rights	Single persons
	Loc. Classes S and A	Loc. Cl. B-C-D	Loc. Cl. S-A	Loc. Cl. B-C-D
Ia, b	11.— Marks	9.90	9.90	9.—
II	9.— Marks	8.10	8.10	7.20
III	7.50 Marks	6.80	6.80	6.—
IV	6.— Marks	5.40	5.40	4.80
V	5.— Marks	4.50	4.50	4.—

b) Sätze vom 8. Tag an:

Beschäftigungstagegeld
Tr. Entsch. Abw. Zuschüsse
Verheiratete u. diesen
Gleichgestellte

	Ortskl.		Ortskl.	
	S u. A	B-C-D	S u. A	B-C-D
Ia u. b	7.—	6.30	4.—	3.50
II	6.—	5.40	3.50	3.—
III	5.—	4.50	3.—	2.50
IV	4.50	4.—	2.50	2.—
V	4.—	3.50	2.—	1.50

c) Zuschuß bei täglicher Rückfahrt zum Wohnort, wenn die Abwesenheit vom Wohnort länger als 2 Stunden über die allgemeine festgesetzte Mindestarbeitszeit dauert

1. Verheiratete und diesen Gleichgestellte täglich 1.50
2. Ledige 0.75

2. Bei der Bewilligung des Beschäftigungsreisegeldes, des Beschäftigungstagegeldes und der Trennungsschädigung dürfen in der Regel die vorstehenden Sätze zugrunde gelegt werden. Niedrigere Festsetzung ist zulässig.

Die anweisenden Stellen können den Einzelnachweis jederzeit verlangen; der Einzelnachweis ist insbesondere zu fordern

a) bei Gewährung verbilligter Unterkunft oder Teilnahme an verbilligter Gemeinschaftsverpflegung,

b) bei Dienstreisen oder Abordnung nach Orten, in denen erfahrungsgemäß der Mehraufwand geringer als die Vergütung ist,

c) wenn die Beschäftigungsvergütung oder Trennungsschädigung länger als 6 Monate gewährt werden soll, im 6., 9., 12. usw. Monat.

3. Es werden aufgehoben

a) Abschnitt I Ziff. 5, Abschn. V sowie Anlage 1 und 2 der Bekanntmachung vom 8. 4. 1943 (GVBl. S. 55),

b) Nr. 2 Abs. 4 der Bestimmungen des Reichsmin. der Finanzen über Vergütung bei vorübergehender auswärtiger Beschäftigung, der Beamten vom 11. 9. 1942 (RGBl. S. 184).

4. Die Reichspostdirektionen, die Gemeinden und die Körperschaften des öffentlichen Rechts werden ermächtigt, die Sätze nach Ziff. 1 abweichend von Ziff. II und III 1, aber nicht höher, festzusetzen.

IV.

Zuständigkeit.

Zu Nr. 25 DV z. UKG. Abs. 10 wird bestimmt:

Die Bewilligung der Trennungsschädigung über 12 Monate hinaus bedarf der Genehmigung der obersten Dienstbehörde; das Ministerium der Finanzen ist zu beteiligen, wenn die Trennungsschädigung über 18 Monate hinaus gewährt werden soll.

V.

Reisekostenvergütung der Beamten im Vorbereitungsdienst.

Nr. 3 AB. z. BKG. gemäß können Beamte im Vorbereitungsdienst für die Reise zum Eintritt in das Beamtenverhältnis, bei Reisen zu ihrer Ausbildung sowie bei Übertragung von Beschäftigungsaufträgen Reisekostenvergütung nach der Besoldungsgruppe erhalten, in der sie bei regelmäßigem Verlauf ihrer Dienstlaufbahn zuerst planmäßig angestellt werden. Das hat zu Unzuträglichkeiten geführt.

Es ist deshalb den Beamten im Vorbereitungsdienst nur dann Reisekostenvergütung zu gewähren nach der Besoldungsgruppe, in der sie beim regelmäßigen

b) Rates from the 8th day onward.

Class Outside-employment day allowance
Separation-allowance
Absence-allowance

Married persons and those with equal rights

Single persons

	Loc. Classes		Loc. Cl.	
	S and A	B-C-D	S-A	B-C-D
Ia, b	7.— Marks	6.30	4.—	3.50
II	6.— Marks	5.40	3.50	3.—
III	5.— Marks	4.50	3.—	2.50
IV	4.50 Marks	4.—	2.50	2.—
V	4.— Marks	3.50	2.—	1.50

c) Additional allowance in case of daily return to place of residence, if the absence from the residence is more than 2 hours beyond the generally fixed minimum of work:

1. Married persons and those with equal rights 1.50 Marks a day
2. Single persons 0.75 Marks a day

2. When granting the outside-employment travelling allowance, the outside-employment day-allowance, and the absence allowance, the above rates may generally be taken as a basis.

Fixing of lower rates is permissible.

The authorizing agencies may demand a detailed specification at any time; the detailed specification has to be demanded especially

a) if lodgings at reduced price have been provided or when meals at reduced prices are supplied,

b) for official journeys or delegation to localities, where according to experience, the expenses are lower than the allowances,

c) if the outside-employment allowance or the absence allowance will be granted for longer than 6 months, in the 6th, 9th, 12th month etc.

3. The following clauses will be repealed:

a) Section I, cipher 5; Section V as well as Appendix 1 and 2 of the announcement of April 8th, 1943 (GVBl.-Page 55),

b) No. 2 Par. 4 of the regulations of Oct. 11th, 1942 of the Reich Minister of Finance on allowances for officials in case of temporary outside-employment (RBB. page 184).

4. The Reichspostdirektionen, the communities and the corporations under public law are permitted to fix the rates of cipher 1 different from cipher II and III 1, but not higher than these.

IV.

Competence.

With reference to Nr. 25 z. UKG. Par. 10 it is ruled: The granting of separation allowances for more than 12 months requires the consent of the supreme authority of the respective service. The Ministry of Finance has to be consulted, if the separation allowance is to be granted for more than 18 months.

V.

Travelling allowances for officials in the preparatory service.

According to No. 3 AB z. RGG., officials in the preparatory service may receive the travelling allowance for the first journey to take up their work as official, the journeys for training purposes, as well as when an order for outside-employment has been given, at the rates for that class of salaries, into which they will first enter in the regular course of their official career. This has led to inconveniences.

Therefore, travelling allowances will be granted to officials in the preparatory service according to classification into which they will first enter in the

Verlauf ihrer Dienstlaufbahn zuerst planmäßig angestellt werden, wenn sie mit der Wahrnehmung von Dienstgeschäften eines Beamten dieser Besoldungsgruppe beauftragt worden sind. In allen anderen Fällen erhalten sie Reisekostenvergütung nach der Reisekostenstufe V.

VI.

Zuschuß zur Umzugskostenentschädigung.

Die nach § 7 UKG. und Nr. 16 DVO. hierzu erforderliche Genehmigung zur Gewährung eines Zuschusses von über 800 RM. zur Umzugskostenentschädigung ist vom Ministerium der Finanzen einzuholen.

Der Erlaß des Reichsfin.Min. vom 15. 2. 1942 (RGBl. S. 51) wird aufgehoben.

VII.

Trennungsentschädigung in Sonderfällen.

Trennungsentschädigung darf auf Antrag gewährt werden an die Beamten, die

1. am bisherigen Dienstort ihre Wohnung durch Luftangriffe oder Feindeinwirkung verloren haben und daher getrennten Haushalt führen müssen oder die

2. ihre Familien auf Anordnung oder freiwillig evakuiert haben, denen jedoch der Rückumzug der Familien infolge anderweitiger Belegung der Wohnung verwehrt wird, obwohl sie ihren Dienst am Wohnort fortgesetzt oder wieder aufgenommen haben und daher getrennten Haushalt führen müssen.

Die Vorschriften der Nr. 25 DV. z. UKG. gelten sinngemäß. Der Höchstbetrag der Trennungsentschädigung darf 75 v. H. des Beschäftigungstages nicht überschreiten.

3. Diese Regelung gilt ab 1. 10. 1945 bis zunächst 31. 12. 1945.

VIII.

Folgende Reiseerlasse werden aufgehoben:

1. Reichsmin. und Chef der Reichskanzlei vom 8. 7. 1943 (RBB. S. 141) über die Abfindung bei Dienstreisen und Abordnungen nach den vom Krieg erfaßten Gebieten außerhalb der Reichsgrenzen;
2. Reichsfinanzmin. vom 6. 12. 1940 (RBB. S. 301) über Reisebeihilfen an unverheiratete Personen des öffentlichen Dienstes.
3. RdF. vom 7. 5. 1943 (RFBl. S. 143) über die Reisekosten bei Einberufung zum Wehrdienst.

IX.

Die vorstehenden Bestimmungen — mit Ausnahme der Ziffer VII — treten mit Wirkung vom 1. 11. 1945 an in Kraft. Sie gelten im Rahmen der Tarifverträge entsprechend für Angestellte und Arbeiter.

München, 21. November 1945.

Der Bayer. Ministerpräsident
gez.: Dr. Wilhelm Hoegner.

Verordnung Nr. 20

über die Aufhebung der Ausstattungsbeihilfe für Hausgehilfinnen in kinderreichen Haushaltungen vom 25. November 1945

§ 1

Die Verordnung über eine Ausstattungsbeihilfe für Hausgehilfinnen in kinderreichen Haushaltungen vom 12. 5. 1941 (RGBl. I, S. 255) sowie die Durchführungsverordnung vom 10. 7. 1941 (RGBl. I S. 382) wird mit sofortiger Wirkung aufgehoben.

course of a regular career, only if they have been ordered to take over the duties of an official in this class. In all other cases, they will receive the travelling allowance according to class V.

VI.

Additional allowance for expenses caused by change of residence.

The consent required for the granting of additional allowance exceeding 800 Marks for expenses caused change of residence according to § 7 UKG. and No. 16 DVO. is to be applied for at the Minister of Finance.

The decree of the Reich Minister of Finance dated Feb. 15, 1942, (RBB. page 51) will be repealed.

VII.

Separation allowance in special cases.

Separation allowance may be granted on application to those officials who

1. have lost their residence in their present place of work and therefore are forced to maintain separate households or
2. have evacuated their families voluntarily or by order, the families of whom cannot move back, because their dwellings have been occupied in the meantime, although they have continued their duties, on their former place of residence, or have taken them up again, and therefore have to maintain separate households. The regulations of No. 25 DV z. UKG. will apply accordingly. The maximum amount of separation allowance must not exceed 75% of the day-allowance for outside-employment.
3. This regulation will at first be effective from Oct. 1, 1945 to December 31, 1945.

VIII.

The following decrees of the Reich will be repealed:

1. Decree of the Reich Minister and Head of the Reich Chancellery dated July 8, 1943 (RBB. page 141) on the compensation in case of official journeys and transfers to the territories, involved in the war, outside of the Reich.
2. Decree of the Reich Minister of Finance, dated December 6, 1940, (RBB. page 301) on travel compensations to unmarried persons of the public services.
3. Decree of the Reich Minister of Finance of May 7, 1943 (RFBl. page 143) on the travelling expenses in case of enlistment to the Wehrmacht.

IX.

The above regulations will with the exception of cyph. VII be effective from Oct. 1, 1945. They will apply accordingly, within the frame of the tariff-regulations, to employees and workers.

Munich, November 21, 1945.

The Bavarian Minister-President
signed: Dr. Wilhelm Hoegner.

Ordinance No 20

about Suspension of Dowry Benefit for House-Maids in many-children-households from Nov. 25th, 1945

§ 1

The ordinance about dowry benefit (for house-maids in many children-households of 12. 5. 1941 (RGBl. I, S. 255) as well as the carrying-out-order of 10. 7. 1941 (RGBl. I S. 382) will be abolished by immediate effect.

§ 2

Anträge auf einfache und erhöhte Beihilfe, die nach dem 15. 4. 1945 eingereicht wurden, können nicht mehr genehmigt werden.

Über ein bei der Sparkasse bereits angelegtes Guthaben kann die Hausgehilfin jedoch bei Verheiratung oder nach Vollendung des 30. Lebensjahres verfügen.

München, den 22. November 1945.

Der Bayerische Arbeitsminister
gez.: Albert Rosshaupter.

Verordnung Nr. 21

über die Aufhebung des Pflichtjahres

§ 1

Die Anordnung zur Durchführung des Vierjahresplanes über den verstärkten Einsatz von weiblichen Arbeitskräften in der Land- und Hauswirtschaft vom 15. 2. 1938 (Deutscher Reichsanzeiger Nr. 43) sowie die hierzu ergangenen Durchführungsanordnungen vom 16. 2. 1938 (Deutscher Reichsanzeiger Nr. 43) und 23. 12. 1938 (Deutscher Reichsanzeiger Nr. 305) wird aufgehoben.

§ 2

Übergangsregelung

Die zur Zeit noch bestehenden Arbeitsverhältnisse können erstmals vom 15. 12. zum 31. 12. 1945 im beiderseitigen Einvernehmen gelöst werden. Kommt eine Einigung über die Lösung des Arbeitsverhältnisses zwischen den Vertragspartnern nicht zustande, so entscheidet das zuständige Arbeitsamt.

§ 3

Diese Verordnung tritt am 1. 12. 1945 in Kraft.

München, den 22. November 1945.

Der Bayerische Arbeitsminister
gez.: Albert Rosshaupter.

Verordnung Nr. 22

über die Freimachung von Arbeitsstellen

§ 1

Die Arbeitseinsatzbehörden sind befugt, Arbeitgeber im Rahmen dieser Verordnung zur Freimachung von Arbeitsstellen anzuhalten, wenn sich diese Maßnahme zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit oder zur Behebung des Facharbeitermangels als erforderlich erweist.

Soweit es sich um einzelne Arbeitgeber handelt, wird die Maßnahme durch das örtlich zuständige Arbeitsamt durchgeführt; soweit sich die Anordnung an die Gesamtheit der Arbeitgeber richtet, wird sie durch das zuständige Landesarbeitsamt veranlaßt.

§ 2

Durch die Anordnung kann den Arbeitgebern aufgelegt werden, diejenigen Arbeitnehmer zu entlassen, die

1. nicht auf Erwerb aus einer Beschäftigung angewiesen sind,
2. in der elterlichen Landwirtschaft mithelfend tätig sein können,

§ 2

Proposals for simple and higher benefit, which were filed in after 15. 4. 1945 are not more to be approved. The house-maid is able to dispose about an already invested credit at saving-banks only on the occasion of marriage or after finishing the age of 30.

Munich, Nov. 22nd, 1945.

The Bavarian Minister of Labor
signed: Albert Rosshaupter.

Ordinance No 21

about Suspension of Year of compulsory Labor

§ 1

The carrying-out-order for accomplishing of Vierjahresplan (four-years-plan) about enforced allocation of female labor in farm-work and house-holds of 15. 2. 1938 (German Reich Advertiser Number 43) as well as in addition to the carrying-out-orders of 16. 2. 1938 (German Reich Advertiser Number 43) and 23. 12. 1938 (G. R. A. Number 305) is abolished.

§ 2

Transitory Regulation.

The yet existing employments may be abolished on mutual agreement from 15. 12. to 31. 12. 1945 at first.

Failing an agreement between partner of contract about the dissolution of employment, the belonging labor office will decide.

§ 3

This ordinance shall become effective on Dec. 1st, 1945.

Munich, Nov. 22nd, 1945.

The Bavarian Minister of Labor
signed: Albert Rosshaupter.

Ordinance No 22

about Setting Free of Employments

§ 1

The authorities of labor allocation are entitled to induce employers for setting free of employments according to this ordinance, if this measure is to show for restriction of unemployment.

As far as it is concerning to single employers the measure will be carried out by appropriate labor office. As far as this regulation is directed to all employers they will be induced by appropriate Landesarbeitsamt.

§ 2

By this regulation employers may be ordered to release those employees, who

1. are not dependent for living to an occupation,
2. can help at the farm of their parents,

3. berufsmäßig in der Land- und Forstwirtschaft, im Bergbau, in der Hauswirtschaft oder in einem anderen Mangelberuf tätig waren und ihren Beruf nach dem 1. 1. 1933 gewechselt haben.

§ 3

Bei angeordneten Entlassungen ist die vertragsmäßige oder, wenn kein Vertrag vorliegt, die gesetzliche Kündigung einzuhalten.

§ 4

Für die frei gemachte Arbeitsstelle hat der Arbeitgeber eine Ersatzkraft durch das zuständige Arbeitsamt einzustellen.

§ 5

Zu widerhandlungen gegen diese Verordnung werden mit Geldstrafen bis zu RM 1000.— bestraft.

§ 6

Diese Verordnung tritt mit dem 1. 12. 1945 in Kraft.

München, den 22. November 1945.

Der Bayerische Arbeitsminister
gez.: Albert Roßhaupter.

3. were active in agriculture, forestry, mining, in house-hold or in another wanting branch an changed their branch after 1. 1. 1933.

§ 3

By ordered releases the stipulated, or if there is no agreement, the legal warning is to be obeyed.

§ 4

For setted free employment the employer has to employ an substitute by appropriate labor office.

§ 5

Offences against this ordinance will be punished by penalties to the amount of 1000.— RM.

§ 6

This ordinance shall become effective upon Dec. 1st, 1945.

Munich, November 22nd, 1945.

The Bavarian Minister of Labor
signed: Albert Roßhaupter.

Verordnung Nr. 23

über die Meldung entlassener Nationalsozialisten durch Betriebe und Verwaltungen

§ 1

Zur namentlichen Erfassung alter und aktiver Nationalsozialisten und anderer aus politischen Gründen entlassener Personen wird ein listenmäßiges Meldeverfahren angeordnet. Zur Meldung verpflichtet sind alle Dienststellen der öffentlichen Verwaltungen und Betriebe und der privaten Wirtschaft.

§ 2

Sämtliche bisher aus ihrer Tätigkeit entlassenen Beamten, Angestellten und Arbeiter sind spätestens bis zum 20. 2. 1946 namentlich zu melden. Die Meldeliste muß folgende Angaben enthalten:

1. Name und Vorname
2. Geburtsdatum
3. Wohnung
4. Erlernter Beruf
5. bisherige Tätigkeit
6. Familienstand
7. Zahl der unterhaltsberechtigten Kinder
8. Bemerkung.

Soweit den meldepflichtigen Stellen bekannt ist, ob sich der Entlassene in Gewahrsam der Militärregierung oder in einem Kriegsgefangenenlager befindet, ist dies unter Spalte 8 anzugeben. Dort sind auch „alte und aktive Nazi und Militaristen“ mit „AN“ zu kennzeichnen.

§ 3

Nach dem 20. Februar müssen alle weiter Entlassenen jeweils bis zum 5. des folgenden Monats, wie in § 2 vorgeschrieben, gemeldet werden.

§ 4

Die Listen sind in einfacher Ausfertigung an folgende Dienststellen einzureichen:

- a) an das Staatsministerium für Sonderaufgaben, München, Prinzregentenstraße 48,
- b) an die Special Branch der Militärregierung für Bayern, München,
- c) an das örtliche zuständige Arbeitsamt.

Ordinance No 23

about the Report of released National-socialists by Plants and Administration

§ 1

For registration by name of old and active nationalsocialists and other persons released by political reasons, a listed report will be ordered. Obligated to report are all offices of public administrations and shops and of privat economy.

§ 2

All officials, employers and workers dismissed until now will be reparted by name Febr. 20th 1946 latest: List of report will contain following statements:

- a) name and christian name
- b) date of birth
- c) address
- d) learned profession
- e) employment until now
- f) state of family
- g) number of children entitled to caretaking
- h) remarks.

If the authorities and managements know, whether the dismissed ist arrested by Military Government or in a PW camp this is to notify under cypher 8. There also "old and active nazis and militarists" will be marked by "AN".

§ 3

All further dismissals will be reported till to the 5th of the following month as prescribed by § 2 from Febr. 20th.

§ 4

To following offices lists in one copy will be filed in:

- a) The Ministry of State for Special Tasks, Munich,
- b) the Special Branch of Military Government for Bavaria, Munich,
- c) the appropriated Regional Labor Office.

§ 5

Das Gesetz Nr. 8 und die hierzu ergangenen Durchführungsanordnungen werden durch diese Verordnung nicht berührt.

§ 6

Verstöße gegen die Meldeverordnung werden nach den Bestimmungen der Militärregierung bestraft.

München, den 22. November 1945.

Der Bayerische Ministerpräsident und Justizminister
gez.: Dr. Wilhelm Hoegner.

Der Bayerische Arbeitsminister
gez.: Albert Roßhaupter.

Bekanntmachung

über die Bekämpfung des Rotzes und der Räude der Einhufer vom 16. November 1945

Der mit Kriegsende einsetzende unkontrollierte Verkehr mit Einhufern, die außerhalb des Deutschen Reichsgebietes verwendet waren, hat Ausbrüche von Rotz und gehäuftes Auftreten der Räude der Einhufer zur Folge. Zur Bekämpfung dieser Tierseuchen und zum Schutz der menschlichen Gesundheit gegen die tödlich verlaufende Rotzinfektion wird auf Grund der §§ 12, 18 und 29 des Reichsviehseuchengesetzes vom 26. Juni 1909 (RGBl. S. 519) folgende oberpolizeiliche Vorschrift für das rechtsrheinische Bayern erlassen:

§ 1

I. Alle Einhufer (Pferde, Esel, Maulesel, Maultiere) sind einer tierärztlichen Untersuchung auf äußerlich erkennbare Erscheinungen der Rotzerkrankung sowie auf Räude und räudeverdächtige Erscheinungen zu unterziehen.

II. Ferner ist jedem Einhufer eine Blutprobe zur besonderen Untersuchung nach Anweisung der Regierungspräsidenten im Benehmen mit den mit der Blutuntersuchung betrauten Anstalten zu entnehmen.

§ 2

Die Gemeinden haben die vorhandenen Einhuferbestände listenmäßig zu erfassen. Sie sind hierfür und für die vollzählige Vorführung an den bestimmten Plätzen verantwortlich.

Sie stellen ferner das erforderliche Hilfspersonal bereit.

§ 3

Der Tierhalter ist zur unentgeltlichen Vorführung durch geeignete Personen verpflichtet.

§ 4

Die Kosten der Blutuntersuchung werden von der Bayer. Tierseuchenkasse bestritten.

Die Kosten für die Blutentnahme und die damit verbundene Untersuchung der Einhufer auf Rotz und Räude fallen dem Tierbesitzer zur Last. Ihre Höhe wird je Tier mit RM 1.50 festgesetzt. Notwendige Wiederholung von Blutentnahmen werden auf öffentliche Mittel übernommen.

§ 5

Zuwiderhandlungen unterliegen den Strafbestimmungen der §§ 74 ff. des Viehseuchengesetzes.

§ 6

Die Bekanntmachung tritt mit der Veröffentlichung in Kraft.

München, 16. November 1945.

Der Bayerische Staatsminister des Innern

I. V.
gez.: Ludwig Ficker.

§ 5

Law No. 8 and the carrying out orders will not be concerned by this ordinance.

§ 6

Offences against the ordinance of report will be punished according to the determinations of Military Government.

Munich, November 22nd 1945.

The Bavarian Minister-President and Minister of Justice

signed: Dr. Wilhelm Hoegner.

The Bavarian Minister of Labor

signed: Albert Roßhaupter.

Announcement

on Measures against Malleus and Scabies of Solipeds 16. November 1945

After the termination of the war an uncontrolled movement of solipeds, up to that time employed outside German boundaries, started, as a result of which cases of Malleus and Scabies have increased. For the fight against these diseases and for the protection of human health against the fatal Malleus infections, the fight against these diseases and for the protection 18 and 29, of Reichsviehseuchengesetz (Law on Epidemic Animal Diseases) of June 26, 1909 (RGBl. S. 519) is hereby issued for Bavaria east of the Rhine.

Art. 1

I. All solipeds (horses, donkeys, mules) have to be subjected to veterinary inspection for recognizable external symptoms of Malleus as well as for symptoms of scabies or suspicions of Scabies.

II. A blood-sample will be taken from each soliped for special examination, as ordered by the Regierungspräsidenten in consultation with the institute charged with the blood-tests.

Art. 2

The communities will have all solipeds registered within their area. They will be responsible for this measure and for the complete assembling of the animals a certain places.

They will also provide the auxiliary personnel required.

Art. 3

All owners of solipeds will be obliged to have their animals taken to veterinary inspection by suitable persons gratuitously.

Art. 4

The costs of the blood-Tests will be borne by Bavarian Tierseuchenkasse (Cash-Institute for epidemic animal-diseases).

The costs of the taking of blood-samples and the examination connected therewith for Malleus and Scabies will be to the charge of the resp. Owners. They will be fixed at RM 1.50 for each animal. Should a repeated taking of blood-samples be required, these costs be borne by the State.

Art. 5

Violations of this order will be subject to penalties as provided by Art. 74 and foll. of Viehseuchengesetz (Law on Epidemic Animals Diseases).

Art. 6

This order becomes effective upon publication.

Munich, 16. November 1945.

The Bavarian State Ministry of Interior

By order:
signed: Ludwig Ficker.

Entschließung

über die Bekämpfung des Rotzes und der Räude der Einhufer vom 16. November 1945

Zum Vollzug der Min.Bek. vom 16. November 1945 Nr. 642a 22 (GVBl. S. 00) wird bestimmt:

I. Zu § 1.

1. Die Regierungspräsidenten tragen für die zeitgerechte Bekanntgabe der Untersuchungstermine an die Landkreise Sorge. Sie erteilen die für die Vorbereitung und den Ablauf der Untersuchungen notwendigen Weisungen.

Die Landkreise sind verantwortlich für die rechtzeitige Abholung der Blutröhrchen, Blutentnahmennadeln, Blutuntersuchungslisten sowie für die beschleunigte Zubringung der Blutproben zu den Untersuchungsanstalten (siehe Ziff. 3) durch Boten.

2. Untersuchung der Einhufer auf äußerlich erkennbare Anzeichen des Rotzes erstreckt sich im allgemeinen auf die Nasenöffnungen, den Kehlgang und die Körperoberfläche. Bei Vorliegen von verdächtigen Erscheinungen ist die Untersuchung entsprechend zu erweitern (Malleinaugenprobe).

Die Feststellung der Räude und Räudeverdachtsfälle soll einwandfreie Unterlagen für die Räudebekämpfung schaffen. Die mikroskopische Untersuchung ist nicht erforderlich. Die Ergebnisse sind sofort nach Abschluß der Untersuchung des Landkreises durch den Regierungsveterinärarzt je dem Regierungspräsidenten und dem Staatsministerium des Innern vorzulegen.

3. Die Blutuntersuchung der Einhufer wird durch die Bayer. Veterinärpolizeiliche Anstalt Schleißheim für die Landkreise südlich der Donau, durch die Bayerische Staatliche Veterinäruntersuchungsanstalt Nürnberg, Flurstraße 20, für die Landkreise nördlich der Donau durchgeführt. Soweit Landkreise nördlich der Donau verkehrstechnisch günstiger zu München (Schleißheim) liegen, ist in unmittelbarem Benehmen mit den beiden Anstalten durch den Regierungspräsidenten die entsprechende Abgrenzung vorzunehmen.

Der Plan für den Ablauf der Blutuntersuchungen wird von den genannten Untersuchungsanstalten im Benehmen mit den Regierungspräsidenten aufgestellt. Hierbei sind neben den technischen Erfordernissen die wirtschaftlichen Belange soweit wie möglich zu berücksichtigen.

4. Für die Blutuntersuchungen ist grundsätzlich das Verfahren der Komplementbindung anzuwenden. In zweifelhaften Fällen sind jedoch andere bewährte serologische Verfahren und die Malleinaugenprobe heranzuziehen.

5. Die technische Leitung der äußerlichen Untersuchung und der Blutentnahme liegt in den Händen der Regierungsveterinärärzte. Sie sind berechtigt, approbierte Tierärzte gem. § 2 Abs. 2 der MB. vom 27. 4. 1912 zum Vollzug des Viehseuchengesetzes (GVBl. S. 401) beizuziehen. Im Bedarfsfall kann die Zuteilung von Hilfstierärzten bei den Regierungspräsidenten beantragt werden. Zur Beschleunigung der Blutentnahme und Untersuchungen sind zweckmäßig Arbeitsgruppen von Tierärzten zu bilden.

II. Zu § 2.

1. Die gemeindlichen Listen der Einhufer nach dem neuesten Stand müssen enthalten:

- Laufende Nummer,
- Name und Wohnort des Besitzers,
- Beschreibung des Tieres (Geschlecht, Farbe, Abzeichen, Alter, bes. Kennzeichen),
- Bezeichnung der Pferdekarte,
- Bemerkungen (Grund des Fernbleibens von der Blutentnahme usw.).

2. Als Vorführplätze eignen sich besonders die früheren Pferdevormusterungsplätze.

Ordinance

on Measures against Malleus and Scabies of Solipeds

16. November 1945.

In execution of Ministerial announcement of 16. Nov. 1945 No. 642a 22 (GVBl. p. 00) it is hereby ordered:

I. Ad Art. 1.

1. The Regierungspräsident will insure that information about dates of vet. examination be given to the Landkreise in due time. They will issue the orders required for the preparation and carrying out of examinations.

The Landkreise are responsible for an early supply of blood-glasses, blood-taking needles, and blood-tests rolls, as well as for a quick delivery, through messengers, of the blood-samples to the research institutes (compare cypher 3).

2. The examination of solipeds for recognisable external symptoms of Malleus will pertain in general to the nostrils, the pharynx and the surface of the body. In case of suspicion of Malleus, examination will be enlarged correspondingly (Mallein-eye-test).

The inspection for Scabies and for suspicion of Scabies shall be made in a way to insure the suppositions for measures against Scabies. Microscopical examination is not required. Immediately after termination of the inspection (within a Landkreis), the results will be submitted to the resp. Regierungspräsident and to State Ministry of Interior, through the Regierungsveterinärärzte.

3. Blood-tests will be made by Bavarian Vet. Police Institute Schleissheim for all Landkreise south of the Danube, and by State Vet. Research Institute Nürnberg, Flurstraße 20, for all Landkreise north of the Danube. As far as Landkreise north of the Danube are located more favorably to Munich (Schleissheim) from a traffic point of view, an appropriate limitation will be made by the Regierungspräsident in agreement with both Institutes.

The scheme for the arranging of blood-tests will be drawn up by the above-mentioned Research Institutes together with the Regierungspräsidenten. In this connection, besides the technical requirements, economic interests will be taken into special account.

4. For the blood-tests principally the procedure of complementary conjunction will be followed. In dubious cases, however, other well-proved serological methods and Mallein-eye-test will be applied.

5. The technical direction of external inspection and of the taking of blood is the charge of Regierungsveterinärärzte. They are entitled to avail themselves of approved veterinarians, as is provided by Art. 2 sect. 2 of Ministerial announcement of 27/4/1912 for the execution of Law on Epidemic Animal Diseases (GVBl. p. 401). In case of emergency, application to the Regierungspräsidenten for assignment of auxiliary veterinarians may be made. In order to insure a quick carrying out of blood-takings and vet. examination it may be suitable to form working-teams of veterinarians.

II. Ad Art. 2.

1. The lists of solipeds which will be set up by the communities according to the latest figures, must show:

- current number,
- name and residence of owner,
- definition of the animal (sex, colour, signs, age, special marks),
- description of horse-certificate,
- remarks (reasons for absence from blood-taking etc.).

2. As places for the assembling the former places of military veterinary inspection of horses may be particularly suitable.

3. Vorzuführen sind alle Einhufer, soweit sie nicht mit ansteckenden Erkrankungen oder sonstigen Krankheiten, die eine Vorführung ausschließen, behaftet sind. Fohlen unter 3 Monaten sind nicht vorzuführen.

Der Besitzer hat bei Vorführung die Pferdekarte mitzubringen. In ihr ist der Vollzug der Blutentnahme und der äußeren Untersuchung auf Rotz und Räude zu vermerken.

4. Für alle nicht vorgeführten Tiere ist die Blutentnahme und Untersuchung baldmöglichst nach den Weisungen des Regierungsveterinärates nachzuholen. Die Pferdliste der Gemeinde und die Pferdekarte sind entsprechend zu ergänzen.

III. Zu § 4.

1. Über die Entschädigung der Untersuchungsanstalten für die Blutuntersuchungen ergeht gesonderte Entschließung.

2. Die Kosten der Blutentnahme einschließlich der damit verbundenen äußerlichen Untersuchung auf Rotz und Räude sind mit RM 1.50 für jedes Tier festgesetzt.

Sie sind vom Besitzer umgehend an die Gemeindekasse zu entrichten, die spätestens 10 Tage nach Durchführung der Blutentnahme die Beträge gemeindeweise an die Kreiskasse überweist.

3. Als Vergütung für eine Blutentnahme einschließlich der damit verbundenen äußerlichen Untersuchung erhält der Tierarzt RM 1.50.

Bei Bildung von tierärztlichen Arbeitsgruppen gemäß Ziffer 3 erhalten die beteiligten Tierärzte gleiche Anteile.

Die Kosten für die Tierärzte sind durch die Kreiskasse aus den einbezahlten Gebühren der Tierbesitzer zu decken. Die Tierärzte richten ihre Aufrechnung an den Regierungsveterinärat, der sie mit der Bestätigung der sachlichen Richtigkeit an die Kreiskasse weiterleitet.

Mit der Vergütung für die Blutentnahme sind alle für den Tierarzt entstehenden Unkosten (Tagegelder und Reisekosten usw.) abgegolten.

IV. 1. Die Regierungspräsidenten berichten dem Bayerischen Staatsministerium des Innern in kurzer Form

- a) über den im Benehmen mit den Untersuchungsanstalten aufgestellten Untersuchungsplan. Dieser ist nach Landkreisen und nach zeitlichem Ablauf zu gliedern.
- b) Sofort nach Feststellung positiver und zweifelhafter Fälle oder besonderer Vorkommnisse. Für diese ist das abschließende Ergebnis nachzuberichten.
- c) Jeweils nach Abschluß der Untersuchung eines Landkreises mit Angabe der Zahl der vorhandenen und der untersuchten Einhufer sowie der Anzahl der positiven und zweifelhaften Fälle.
- d) Mit Abschluß der Untersuchungen im Regierungsbezirk über den Verlauf, Ergebnisse und besondere Erfahrungen.

2. Die Untersuchungsanstalten berichten in kurzer Form

- a) wöchentlich über die in der abgelaufenen Woche vorgenommenen Untersuchungen unter Angabe der Zahl der erstmalig untersuchten und der nach untersuchten Proben, des Ergebnisses und der Landkreise, aus denen die Proben stammen.
- b) Jeweils sofort bei Feststellung von positiven und zweifelhaften Fällen (fernmündlich).

Nach Beendigung der Untersuchungen ist ein abschließender Bericht, der die praktischen und wissenschaftlichen Ergebnisse auswertet, vorzulegen.

München, 16. November 1945.

Der Bayerische Staatsminister des Innern

I. V.

gez.: Ludwig Ficker.

3. All solipeds are subject to inspection, unless afflicted with contagious or other diseases which would make impossible a presentation. Foals under three months need not be presented.

For the presentation the owner will have to bring the horse certificate with him. On this certificate the blood-taking and the external examination for Malleus and Scabies will have to be noted.

4. For all animals which have not been presented, the blood-taking and examination will have to be made subsequently as soon as possible, as ordered by the Regierungsveterinärat. The horselist of the community and the horse-certificate will have to be completed accordingly.

III. Ad Art. 4.

1. On the compensation of the research-institutes for the blood-tests, a special resolution will be issued.

2. The costs of the blood-taking inclusive of the external examination for Malleus and Scabies connected with it have been fixed at RM 1.50 for each animal.

They have to be paid immediately by the owner to the community cash-office, which will transfer the money, separately for each community, to the Kreis-cash-office at least 10 days after the termination of the blood-taking.

3. For one blood-taking inclusive of external examination connected with it, the veterinary surgeon will receive a fee of RM 1.50.

In case veterinary surgeons have formed working-teams according to cypher 3 all the veterinary surgeons will receive equal shares.

The expenses for the veterinary surgeons have to be covered by the Kreis-cash-office from fees paid in by the owners of the animals. The veterinary surgeons will hand the bills to the Regierungsveterinärat, who will send them on to the Kreis-cash-office with a confirmation of their correctness.

With the fee for the blood-taking all expenses (daily allowances, travelling expenses etc.) which arise for the veterinarian are paid.

IV. 1. The Regierungspräsidenten will report to the Bavarian State Ministry of Interior briefly:

- a) upon the examination plan drawn up in consultation with the research-institutes. This plan will have to be subdivided by Landkreis and chronologically;
- b) immediately after the finding of positive and doubtful cases or particular occurrences. For these cases supplementary report on the final result will be made;
- c) after the termination of the examination of each Landkreis stating the number of the existing and examined solipeds together with the number of the positive and doubtful cases;
- d) as soon as the examinations in the Regierungsbezirk have been concluded, on the progress, the results and special experiences.

2. The research-institutes will report briefly:

- a) every week on the examination carried out during the past week, stating the number of first tests and of repeated tests, the results and the Landkreise, in which the blood-samples were taken;
- b) immediately after finding a positive or doubtful case (by telephone).

After the termination of the tests a final report, drawing the conclusions from the practical and scientific experience, will have to be submitted.

Munich, 16. November 1945.

The Bavarian State Ministry of Interior

By order:

signed: Ludwig Ficker.

Verordnung**über die Umbildung der Finanzamtsbezirke
Neustadt a. d. D. und Kelheim**

Mit Wirkung vom 1. Januar 1946 wird das Finanzamt Neustadt a. d. Donau aufgehoben und in Mainburg ein Finanzamt errichtet, dessen Bezirk den Amtsgerichtsbezirk Mainburg umfaßt. Vom gleichen Zeitpunkt ab wird der Amtsgerichtsbezirk Abensberg dem Finanzamtsbezirk Kelheim zugeteilt.

München, 8. Dezember 1945.

Der Bayerische Ministerpräsident
gez.: Dr. Wilhelm Hoegner.

Ordinance**on the transformation of the tax-office
districts Neustadt a. d. D. and Kelheim**

Effective from Jan. 1, 1946, the tax office Neustadt a. d. Donau will be abolished and a tax office established at Mainburg, the district of which comprises the Amtsgerichtsbezirk Mainburg. From the same date on the Amtsgerichtsbezirk Abensberg will be allotted to the district of the tax-office- Kelheim.

Munich, Dec. 8, 1945.

The Minister-President for Bavaria
signed: Dr. Wilhelm Hoegner.

**Rhein-Main-Donau
Aktiengesellschaft
München****4 % Anleihe von 1940**

In der am 26. September 1945 vorgenommenen Auslösung von RM 263 000.— Teilschuldverschreibungen unserer obigen Anleihe sind folgende Teilschuldverschreibungen zur Rückzahlung zum Nennwert am 1. Oktober 1945 ausgelost worden:

Stück 197 Teilschuldverschreibungen zu je RM 1000.—

Nr. 18063, 082, 241, 245, 248, 250, 255, 265, 266, 283, 284, 296, 302, 303, 315, 318, 320, 322, 384, 393, 397, 403, 404, 405, 409, 412, 416, 421, 422, 430, 449, 477, 479, 486, 541, 574, 575, 578, 594, 597, 633, 666, 686, 717, 719, 748, 800, 819, 854.
19117, 144, 429, 473, 560, 569, 572, 575, 578, 579, 580, 581, 591, 598, 599, 601, 604, 625, 641, 676, 685, 713, 715, 719, 733, 734, 735, 736, 752, 753, 754, 774, 875, 904, 931, 955, 968.
20032, 070, 143, 146, 161, 165, 214, 215, 233, 234, 264, 265, 291, 295, 296, 306, 309, 310, 312, 314, 317, 320, 321, 326, 332, 346, 348, 351, 365, 362, 384, 389, 640, 650, 693, 700, 722, 777, 870, 955.
21124, 130, 132, 139, 140, 146, 159, 165, 172, 173, 191, 192, 196, 210, 253, 255, 274, 326, 328, 338, 339, 346, 358, 364, 376, 377, 379, 408, 411, 412, 413, 429, 473, 611, 624, 630, 633, 634, 637, 638, 649, 652, 653, 656, 657, 669, 670, 671, 672, 673, 675, 676, 687, 688, 689, 690, 691, 694, 695, 938.
22058, 161, 183, 206, 210, 236, 260, 300, 313, 352, 381.

Stück 132 Teilschuldverschreibungen zu je RM 500.—

Nr. 22514, 551, 675, 684, 704, 721, 725, 736, 744, 764, 766, 771, 782, 786, 795, 800, 819, 844, 860, 886, 890, 897, 916, 933, 939, 940, 958, 963, 969, 970, 976.
Nr. 23014, 022, 030, 058, 061, 069, 073, 125, 183, 185, 188, 280, 462, 560, 579, 614, 631, 648, 691, 711, 725, 768, 778, 788, 791, 823, 827, 836, 928, 947, 986, 999.
Nr. 24004, 016, 041, 075, 098, 112, 130, 233, 288, 382, 430, 523, 527, 597, 651, 653, 654, 655, 656, 658, 678, 679, 680, 681, 682, 683, 684, 729, 736, 891, 902, 905, 934, 942, 991, 997.
Nr. 25042, 076, 087, 100, 108, 131, 153, 154, 155, 156, 157, 158, 159, 160, 161, 162, 163, 164, 167, 169, 217, 222, 223, 224, 279, 305, 306, 307, 308, 309, 419, 454, 482.

Die Rückzahlung erfolgt gegen Einreichung der Teilschuldverschreibungen mit Zinsscheinen per 1. April 1946 ff. bei den in Anbetracht der gegebenen Verhältnisse zur Zeit in Frage kommenden Zahlstellen:

Deutsche Bank München, Hamburg und Frankfurt a. M.
Bayer. Staatsbank, München
Bayer. Hypotheken- und Wechselbank, München
Bayer. Vereinsbank, München
Bankhaus Merck, Finck & Co., München
Bankhaus Seiler & Co., München.

München, 1. Dezember 1945.

Hesselberger, Dr. Schmolz.

**Rhein-Main-Donau
Aktiengesellschaft
München****4 % loan of 1940**

In the drawing on Sept. 26, 1945, of 263 000.— RM bonds of the above loan, the following bonds have been drawn for repayment on Oct. 1, 1945, at face-value: 197 bonds of 1000.— RM each.

Stück 197 Teilschuldverschreibungen zu je RM 1000.— Follow the resp. numbers (see german copy).

Nr. 18063, 082, 241, 245, 248, 250, 255, 265, 266, 283, 284, 296, 302, 303, 315, 318, 320, 322, 384, 393, 397, 403, 404, 405, 409, 412, 416, 421, 422, 430, 449, 477, 479, 486, 541, 574, 575, 578, 594, 597, 633, 666, 686, 717, 719, 748, 800, 819, 854.
19117, 144, 429, 473, 560, 569, 572, 575, 578, 579, 580, 581, 591, 598, 599, 601, 604, 625, 641, 676, 685, 713, 715, 719, 733, 734, 735, 736, 752, 753, 754, 774, 875, 904, 931, 955, 968.
20032, 070, 143, 146, 161, 165, 214, 215, 233, 234, 264, 265, 291, 295, 296, 306, 309, 310, 312, 314, 317, 320, 321, 326, 332, 346, 348, 351, 365, 362, 384, 389, 640, 650, 693, 700, 722, 777, 870, 955.
21124, 130, 132, 139, 140, 146, 159, 165, 172, 173, 191, 192, 196, 210, 253, 255, 274, 326, 328, 338, 339, 346, 358, 364, 376, 377, 379, 408, 411, 412, 413, 429, 473, 611, 624, 630, 633, 634, 637, 638, 649, 652, 653, 656, 657, 669, 670, 671, 672, 673, 675, 676, 687, 688, 689, 690, 691, 694, 695, 938.
22058, 161, 183, 206, 210, 236, 260, 300, 313, 352, 381.

Stück 132 Teilschuldverschreibungen zu je RM 500.—

132 bonds of RM 500.— each:

Follow the resp. numbers (see german copy).

Nr. 22514, 551, 675, 684, 704, 721, 725, 736, 744, 764, 766, 771, 782, 786, 795, 800, 819, 844, 860, 886, 890, 897, 916, 933, 939, 940, 958, 963, 969, 970, 976.
Nr. 23014, 022, 030, 058, 061, 069, 073, 125, 183, 185, 188, 280, 462, 560, 579, 614, 631, 648, 691, 711, 725, 768, 778, 788, 791, 823, 827, 836, 928, 947, 986, 999.
Nr. 24004, 016, 041, 075, 098, 112, 130, 233, 288, 382, 430, 523, 527, 597, 651, 653, 654, 655, 656, 658, 678, 679, 680, 681, 682, 683, 684, 729, 736, 891, 902, 905, 934, 942, 991, 997.
Nr. 25042, 076, 087, 100, 108, 131, 153, 154, 155, 156, 157, 158, 159, 160, 161, 162, 163, 164, 167, 169, 217, 222, 223, 224, 279, 305, 306, 307, 308, 309, 419, 454, 482.

Repayment will be made against delivery of the bonds with coupons per April 1, 1946 ssq. at the paying agencies which are at present the following:

Deutsche Bank München, Hamburg and Frankfurt a. M.
Bayer. Staatsbank, München
Bayer. Hypotheken- und Wechselbank, München
Bayer. Vereinsbank, München
Messrs. Merck, Finck & Co., Bankers, München
Messrs. Seiler & Co., Bankers, München.

München, December 1, 1945.

The Managers:
Hesselberger, Dr. Schmolz.

Inhalt:

Gesetz Nr. 8 vom 10. Dezember 1945 über die Benützung der Autobahnen	Seite 21
Law No 8 dated December 10, 1945 on the Use of the Autobahnen	" 21
Gesetz Nr. 9 vom 15. Oktober 1945 betreffend sozialrechtliche Wiedergutmachung von Schäden, die durch das nationalsozialistische System verschuldet worden sind	" 21
Law No 9 dated October 15, 1945 concerning the making-up for disabilities, caused by the nationalsocialistic system, by social rights	" 21
Gesetz Nr. 10 vom 20. Oktober 1945 betreffend Aufhebung des § 625 a RVO.	" 22
Law No 10 dated October 20, 1945 concerning the abolition of § 625 a Reichsinsurance-order (Reichsversicherungsordnung)	" 22
Verordnung Nr. 17 vom 21. Dezember 1945 über die Änderung des Kirchensteuergesetzes	" 22
Ordinance No 17 dated December 21, 1945 on the alteration of the Church-Tax-Law	" 22
Bekanntmachung zum Vollzug der Verordnung über die Änderung des Kirchensteuergesetzes	" 24
Notice of Execution of Decree on Alteration of Law of Church Taxes	" 24
Anordnung Nr. 6 vom 25. Oktober 1945 über die Errichtung von Industrie- und Handelskammern	" 25
Order No 6 dated October 25, 1945 concerning the establishment of Chambers of Industry and Commerce	" 25
Verordnung Nr. 18 vom 3. August 1945 über den Vollzug des Gesetzes über das Branntweinmonopol in Bayern	" 26
Ordinance No 18 dated August 3, 1945 on the effectuation of the law on the monopoly of spirits in Bavaria	" 26
Verordnung Nr. 19 vom 21. November 1945 über das Reise- und Umzugskostenrecht	" 27
Ordinance No 19 dated November 21, 1945 on the Regulations for Expenses Incurred by Travelling or by Change of Residence	" 27
Verordnung Nr. 20 vom 22. November 1945 über die Aufhebung der Ausstattungsbeihilfe für Hausgehilfinnen in kinderreichen Haushaltungen vom 25. November 1945	" 29
Ordinance No 20 dated November 22, 1945 about Suspension of Dowry Benefit for House-Maids in many-children-households from Nov. 25 th, 1945	" 29
Verordnung Nr. 21 vom 22. November 1945 über die Aufhebung des Pflichtjahres	" 30
Ordinance No 21 dated November 22, 1945 about Suspension of Year of compulsory Labor	" 30
Verordnung Nr. 22 vom 22. November 1945 über die Freimachung von Arbeitsstellen	" 30
Ordinance No 22 dated November 22, 1945 about Setting Free of Employments	" 30
Verordnung Nr. 23 vom 22. November 1945 über die Meldung entlassener Nationalsozialisten durch Betriebe und Verwaltungen	" 31
Ordinance No 23 dated November 22, 1945 about the Report of released Nationalsocialists by Plants and Administration	" 31
Bekanntmachung vom 16. November 1945 über die Bekämpfung des Rotzes und der Räude der Einhufer	" 32
Announcement dated November 16, 1945 on Measures against Malleus and Scabies of Solipeds	" 32
Entschließung vom 16. November 1945 über die Bekämpfung des Rotzes und der Räude der Einhufer	" 33
Ordinance dated November 16, 1945 on Measures against Malleus and Scabies of Solipeds	" 33
Verordnung vom 8. Dezember 1945 über die Umbildung der Finanzamtsbezirke Neustadt a. d. D. und Kelheim	" 35
Ordinance dated Dec. 8, 1945 on the transformation of the tax-office districts Neustadt a. d. D. and Kelheim	" 35
Rhein-Main-Donau Aktiengesellschaft, München, 4% Anleihe von 1940	" 35
Rhein-Main-Donau Aktiengesellschaft, München, 4% loan of 1940	" 35